

Gebauer, Stefan

**Article**

## Noch schlechter als ein ungeordneter Brexit wäre nur eine andauernde Hängepartie

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Gebauer, Stefan (2019) : Noch schlechter als ein ungeordneter Brexit wäre nur eine andauernde Hängepartie, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 86, Iss. 31, pp. 544-, [https://doi.org/10.18723/diw\\_wb:2019-31-4](https://doi.org/10.18723/diw_wb:2019-31-4)

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/201824>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



STEFAN GEBAUER

# Noch schlechter als ein ungeordneter Brexit wäre nur eine andauernde Hängepartie

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Mit der Entscheidung für Boris Johnson als neuen Premierminister des Vereinigten Königreichs ist die Sorge um einen ungeordneten Brexit wieder in den Fokus der europäischen Politik gerückt. Nun übernimmt also ein sogenannter Brexit-Hardliner die Regierungsgeschäfte, der die EU notfalls auch ohne Abkommen verlassen will, sollten deren Verhandlungsführer den Briten nicht entgegen kommen. Dabei wirken Johnsons Äußerungen so, als säße das Vereinigte Königreich am längeren Hebel. Doch sind es wirklich die europäischen Partner, die mögliche Kosten eines harten Brexit fürchten müssen?

Richtig ist, dass die Risiken für die verbleibenden EU-Länder und insbesondere für die exportabhängige deutsche Wirtschaft nicht von der Hand zu weisen sind. Der Handel mit dem Vereinigten Königreich ist bereits rückläufig, im Ranking der wichtigsten deutschen Handelspartner liegt das Land nur noch auf Platz sieben. Umfragen zeigen, dass hiesige Unternehmen ihre Produktionsketten und Investitionsstrategien umstellen, was mit vorübergehenden Kosten einhergeht. Bei einem Austritt ohne Abkommen würden anfallende Zölle natürlich auch den deutschen Außenhandel treffen, so flexibel die heimische Volkswirtschaft auch sein mag. Dennoch dürften die Effekte auf Wachstum und Beschäftigung hierzulande auch bei einem No-Deal-Brexit vergleichsweise gering ausfallen – nicht zuletzt, weil sich viele Unternehmen darauf vorbereitet haben. Sollte sich der Brexit-Prozess hingegen weiter in die Länge ziehen, könnten die ökonomischen Kosten einer anhaltenden Verunsicherung langfristig sogar überwiegen. Ein Szenario, in dem endlich Klarheit über die künftigen Handelsbeziehungen herrscht, wäre folglich die beste Option.

Weitaus gravierender würde ein harter Brexit wohl die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs treffen; eine tiefe Rezession infolge einer einbrechenden heimischen Nachfrage und eines zum Erliegen kommenden Außenhandels wäre dort wohl kaum zu vermeiden. Problematisch werden könnte zudem, dass die britischen Geld- und Finanzpolitiker in ihren Möglichkeiten, die zu erwartenden konjunkturellen Verwerfungen abzufedern, stark limitiert wären. Vor allem die britische Notenbank würde

wohl in ein Dilemma geraten: Verliert das britische Pfund im Zuge eines harten Brexit an Wert, steigen – von möglichen Zöllen ganz abgesehen – die Importpreise. Schlägt sich dieser Anstieg auch in den Verbraucherpreisen nieder, müsste die zuvorderst der Preisstabilität verpflichtete Bank of England eigentlich die Zinsen anheben – genau dann, wenn die britische Wirtschaft in eine Rezession abgleitet.

Zwar konnte der wirtschaftliche Schaden eines ungeordneten Brexit bisher vermieden werden – die Unsicherheit belastet die Wirtschaft im Land jedoch unvermindert stark. Das britische Pfund verlor in den vergangenen Wochen deutlich an Wert, auch die Einkaufsmanagerindizes im verarbeitenden Gewerbe und im Bausektor fielen zuletzt kräftig und liegen aktuell jeweils auf dem niedrigsten Niveau seit Jahren. Daneben sinkt die Stimmung der Verbraucherinnen und Verbraucher bereits seit 2016 sukzessive. Nach und nach setzt sich in der britischen Bevölkerung offenbar die Erkenntnis durch, dass die Versprechen, die die Politik im Vorfeld des Brexit-Referendums gemacht hat, kaum eingelöst werden können. Hinzu kommt: Solange der Brexit verschleppt wird, liegen andere innenpolitische Baustellen brach. Dabei gäbe es genug zu tun, etwa im Gesundheitssektor oder beim Bildungswesen. So droht das Vereinigte Königreich infolge des EU-Austritts auch auf anderen Feldern zurückzufallen – die Auswirkungen dürften über Jahre zu spüren sein.

Ob es einem Premierminister Boris Johnson angesichts dieser Aussichten wirklich gelingen wird, seine Forderung nach weitreichenden Nachbesserungen am ursprünglich mit Brüssel ausgehandelten Austrittsabkommen durchzusetzen, bleibt abzuwarten. Umso wichtiger wäre es, dem Drama endlich ein Ende zu setzen und einen Austritt mit Abkommen und Übergangsphase zu gewährleisten. Ein ungeordneter Brexit wäre für alle Seiten schmerzhaft, die einzig schlechtere Option wäre aber wohl eine Fortsetzung der Hängepartie und eine chronisch werdende Ungewissheit für Unternehmen und Haushalte.

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 31. Juli 2019

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;  
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;  
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;  
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

### Lektorat

Dr. Marius Clemens (1. Bericht); Dr. Heike Belitz; Dr. Geraldine Dany-Knedlik (2. Bericht)

### Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;  
Dr. Daniel Kempfner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;  
Dr. Alexander Zerrahn

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den  
Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter  
unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)